

Europäischer Polizeikongress

13. Europäischer Polizeikongress vom 2. bis 3. Februar 2010 in Berlin
Fachforum XIII:

Sicherheitsbehörden im Spannungsfeld von Massenmedien

Hans-Ulrich Helfer, Presdok AG, Zürich, helfer@presdok.ch, www.presdok.ch

Medien und Macht

Die Presse musste in den letzten Jahrzehnten verschiedenen anderen Medien mehr und mehr weichen. Radio und Fernsehen, aber auch die neuen Medien wie Internet und ähnliche haben das geschriebene Wort auf Papier in der Bedeutung zurückgedrängt. Trotzdem ist die Presse ein wichtiges Arbeitsfeld der Journalisten geblieben; die bedeutsamen Tageszeitungen und die Wochenzeitungen mit grossen Auflagen spielen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Meinungsbildung. Zudem verfügt das gedruckte Wort über einen langfristigen Einfluss. Während



das gesprochene Wort und das Fernsehbild mit der Zeit an Kontur verlieren, überlebt das geschriebene Wort meistens in Archiven und Bibliotheken Jahrzehnte oder Jahrhunderte.

Die Medien jagen mit der "veröffentlichten Meinung" der angeblich "öffentlichen Meinung" hinterher, um ihre Auflagenzahlen zu erhöhen. Sie stehen im Banne der Macht der Massen und gehen allen Veränderungen hastig nach, weil sie fürchten, Leser an die Konkurrenz zu verlieren, und kleinere Auflagenzahlen zugleich die heute wichtigen Werbeeinnahmen schmälern würden. Die Medien sind damit weitgehend zum Sprachrohr einer pseudoöffentlichen Meinung "verkommen". Die meinungsprägenden Zeitungen, die über längere Zeiträume mit Verantwortung und Wahrheitsanspruch arbeiten, sind am verschwinden; übrigbleiben werden wahrscheinlich sogenannte "Minuten- und Pendlerzeitungen", die kostenlos erhältlich sind.

Der Journalist ist zum Spielball der Bedürfnisse der Redaktionen und der Massen degradiert worden. Das Kürzel oder den Namen vor dem entsprechenden Artikel, sofern es einen gibt, nimmt kaum noch jemand zur Kenntnis. Der Austausch von Informationen und Meinungen wickelt sich nicht mehr zwischen Menschen ab, sondern zwischen Lesern und Zeitungsmaschinerien. Redaktionen und Leser treiben den Journalisten mit dem kaum erfüllbaren Anspruch auf Objektivität zur Arbeit, bei welcher der Journalist oft der desinformierte und missbrauchte ist.

Die Persönlichkeiten aus Regierung, Parlament und Kirche denken nicht mehr daran, die öffentliche Meinung zu prägen, sondern suchen ihr zu folgen; die Angst vor der veröffentlichten und öffentlichen Meinung ist derart gross, dass sie sich oft der Lächerlichkeit preisgeben und nicht mehr ihrer Verantwortung als Vertreter des Volkes nachkommen. Die Heuchelei der Persönlichkeiten im Verbund mit den Medien führt zur Zerbröckelung der Anschauungen und zur Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber allem, was ihren unmittelbaren Vorteil nicht näher berührt.

Die bereits vorhandenen Meinungen der Öffentlichkeit sind demnach von ausserordentlicher Wichtigkeit für die Presse, und es scheint deshalb grundsätzlich nicht möglich zu sein, dass die Medien aus dem Nichts heraus eine breite öffentliche Meinung aufbauen können. Die enorme Presse- und Meinungsvielfalt in Europa bilden zudem eine wichtige Abwehr gegen Desinformation und Manipulation. Trotzdem gelingt es einigen Desinformanten immer wieder, durch geschickte Anwendungsarten oder Inszenierungen längerfristig eine Meinungsänderung zu bewirken. Und dort, wo es sich um völlig neue Nachrichten über einen bisher unvertrauten Sachverhalt handelt, stossen Information und Desinformation auf einen meinungslosen Empfänger, der für die Manipulation besonders anfällig ist.

Trotz all dem ist sich die Gesellschaft einig, dass den Fach- und Massenmedien eine Kritik- und Kontrollfunktion zukommt und dementsprechend ihre Rolle als 4. Gewalt in einem Staat spielen sollen. Dies trifft ganz besonders auch für die Schweiz im Herzen Europas zu, wo über alles diskutiert und abgestimmt werden darf. Es stellt sich heute aber für ganz Europa die Frage, ob Sicherheitsbehörden und deren Mitglieder **zu** sensibel sind, wenn sie von den Medien hart kritisiert, scheinbar beurteilt, öfters aber vorverurteilt oder einfach abgeurteilt werden. Betroffene Beamte sprechen immer öfters von gejagt, beeinflusst oder sogar davon, dass sie von der vierten Macht gelenkt würden. Es ist zu fragen: Leiden die Beamtinnen und Beamten der zur Frage stehenden Behörden schlicht und einfach unter Paranoia oder gibt es tat-

sächlich Entwicklungen, welche in ihrem Endspiel nicht mehr im Interesse des Staates, das heisst im Verlangen der Bevölkerung nach Ruhe, Sicherheit und Ordnung liegen? Wie sollen sich Sicherheitsbehörden gegenüber ungerechtfertigten Beschuldigungen durch Medien benehmen?

Vorwürfe an die Medien

Wenn Frau, Hanni Bundi Ryser, ein Mitglied der Geschäftsleitung des Verbandes Schweizer Polizei Beamter (VSPB), im offiziellen Organ *Police 7/2009* titelt "Wenn die Presse Jagd nach der Polizei macht" und Massnahmen gegen falsche und tendenziöse Berichterstattung fordert, dann darf man ruhig davon ausgehen, dass im hier besprochenen Thema zumindest Rauch wenn nicht sogar Feuer vorhanden ist. Solche Hilferufe und Aussagen sollten von den Verantwortlichen verschiedener Ebenen wirklich ernst genommen werden.

Um ihre Worte zu unterstreichen, könnten hier etliche Fälle von Desinformation und Manipulation im Detail vorgetragen werden. Ein krasser Fall von eigentlicher Hetzjagd geschah im Frühling 2009 im Zusammenhang mit der Einsatzgruppe TIGRIS der Bundeskriminalpolizei: Am 19. März 2009 schrieb die Wochenzeitschrift *Weltwoche* unter dem Titel "*Kampftruppe Tigris: die geheime Bundespolizei*": "Die Bundeskriminalpolizei baut sich heimlich eine schwerbewaffnete und millionenteure Kampftruppe auf, ohne politischen Auftrag, ohne transparentes Budget und ohne parlamentarische Kontrolle." Obschon das Bundesamt für Polizei sofort eine dreiseitige Richtigstellung veröffentlichte, kam es in den folgenden Tagen zu einer Hetzjagd gegen die Einsatzgruppe Tigris, so dass mehrere Untersuchungen in die Wege geleitet wurden. Einige Monate war es sodann ruhig bis eine Geschäftsprüfungskommission ihre Resultate bekannt gab, worüber nur wenige Medien berichteten, der Tages Anzeiger am 27. November 2009 schliesslich: "Aufregung um Geheimtruppe Tigris war Sturm im Wasserglas." Es ist ein klassischer Fall wie verschiedene Medien in der Hetze um Auflagenzahlen ein Thema aufbauschen und es schliesslich wie einen heissen Kartoffel fallenliessen, ohne dass die Verursacher sich in Selbstkritik geübt hätten.

Regeln und Verantwortlichkeiten

Es gehört zu den Aufgaben aller Medien, die Bürger über Ereignisse von öffentlichem Interesse zu orientieren. Die Redaktoren und Journalisten entscheiden dabei in eigener Verantwortung, in welchem Spielraum und in welcher Form sie das tun. Andererseits ist es die Aufgabe der Polizei, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung sicher- oder wieder herzustellen. Es ist nur logisch, dass es im Spannungsfeld zwischen journalistischer und polizeilicher Tätigkeit zu Si-

tuationen kommen kann, in denen sich einerseits der Journalist und andererseits der Polizeibeamte durch den anderen behindert fühlt.

Zweifellos unterstehen die Medien nur wenigen aussenstehenden Kontrollen und die internen versagen oft kläglich im Alltagskampf um die Auflagen. Es wäre wunderbar, wenn die Medien die ihr zustehenden Funktionen zu aller Zufriedenheit erfüllen würden. Medien sind aber nicht nur Desinformanten oder Manipulanten, sondern es gibt einige weit wichtigere Gründe für ihre Unzulänglichkeit: An erster Stelle steht eindeutig die **Unfähigkeit**. Viele Journalisten und Redaktoren sind schlecht ausgebildet und massen sich an, ihr Metier zu beherrschen. Sodann agieren sie öfters auch aus **Abhängigkeit** von vielen Institutionen, wie Parteien, Unternehmen, usw. Aus reiner alltags **Überforderung** sind Journalisten und Redaktoren öfters nicht mehr in der Lage, das richtige Augenmass zu behalten oder den Kern der Wahrheit zu erkennen. Erst nach Unfähigkeit, Abhängigkeit und Überforderung steht die mediale Ausübung von Macht über die Mittel von Desinformation und Manipulation.

Die Grenzen zwischen der Desinformation und der Manipulation sind fließend. Nicht selten wird die Desinformation lediglich als legitime Propaganda bezeichnet. Desinformation ist die bewusste oder unbewusste Weitergabe und Zurückhaltung von Informationen, die beim Empfänger eine falsche Meinungsbildung bewirken. Manipulation ist die vorsätzliche Weitergabe von verfälschten Informationen, mit denen sich der Manipulant einen Vorteil verschaffen will. Bei der Desinformation sind insbesondere die Auswirkungen beim Empfänger zu berücksichtigen. Bei der Manipulation ist der Vorsatz des Manipulanten von primärer Bedeutung.

Was können Betroffene gegen unfähige, abhängige und überforderte sowie desinformierende Medien tun? Die Allgemeinheit hat viele Möglichkeiten dagegen anzugehen, von der Gründung eigener Medienerzeugnisse bis hin zur Strafklage. Weniger, aber nicht keine, Chancen haben die Sicherheitsbehörden und deren Angehörige. Die Medienstellen der Polizeikorps, deren Führung sowie die politischen Vorgesetzten sollten aktiver auftreten und mehr Mut gegenüber den Medien zeigen. Einerseits sollten die Informationsverantwortlichen die Arbeit der Sicherheitsbehörden besser der Öffentlichkeit näher bringen, aber andererseits - und das scheint mir ganz wichtig -, Falschmeldungen strikt nach dem Presserecht korrigieren und auch auf eine Korrektur bestehen, was leider viel zu wenig getan wird. Auch der Weg zum Presse- rat oder Ombudsmann sollte von Behörden öfters beschritten werden. Die Medien- Beobachtung und etwelche Beschwerden sowie Richtigstellungen verhindern deren Fehllei- stungen nicht, aber sie zeigen den Medienverantwortlichen, dass auch Sicherheitsbehörden ei-

nen Anspruch auf korrekte und faire Behandlung haben. Ein unnötig hohes Spannungsfeld zwischen Medien und Sicherheitsbehörden nutzt beiden nicht viel und schon gar nicht der Gesellschaft.

Quellen:

- Presdok AG, www.presdok.ch
- Manipulierte Eidgenossen: <http://www.presdok.ch/presdok/artikel/manipulierte-eidgenossen.pdf>
- Police; Zeitschrift des Verbandes Schweizer Polizei Beamter (VSPB)
- Prof. Dr. Roger Blum; Medien unter Anklage
- Verhaltensgrundsätze für Presse/Rundfunk und Polizei. Beschlossen von der Innenministerkonferenz am 26. November 1993 und vom Deutschen Presserat, Verleger-, Zeitungs- und Zeitschriftenverbänden, ARD, ZDF, dem Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation und den journalistischen Berufsverbänden.
- Internet u.a.



Presdok AG
Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich, Telefon 044 312 10 50, [eMail](mailto:info@presdok.ch)

Home | News | Publikationen | Kontakt

Frontpage
News
Dienstleistungen
Analysen
Backgroundchecks
Family Security Office
Konkurrenzforschung
Supporting
Beweismittel
Dokumentation
Swisswebmaster
nd-ticker

Über uns
Geschäftsleitung
Team und Mitarbeiter
Aufwand und Kosten
Referenzen
Publikationen
Kontakt
Impressum



[PRO-Kampffluozzeuge](#)

Dienstleistungen

Wir führen **Analysen** zu Länder, Regionen, Bewegungen, Organisationen und Personen durch.

Wir sammeln für **Konkurrenzanalysen** (Competitive Intelligence) legal erhältliche Informationen über Mitbewerber, Märkte und Trends.

Wir führen **Hintergrundabklärungen** (Backgroundchecks, People Search, Pre-Employment-Screening, u. a.) durch.

Wir unterstützen - **Supporting** - offiziell oder inoffiziell Unternehmen, Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten bei der Lancierung von Ideen, Produkten, Kampagnen.

Wir bieten namhaften Persönlichkeiten im Sinne eines **Family-Security-Office** Sicherheitsberatungen und Konzeptionen an.

Wir beschaffen **Beweismittel** für interne Beurteilungen oder für Zivil- und Strafprozesse.

Wir analysieren Datenmengen und erstellen **Dokumentationen**.

Wir unterstützen bei der **IT-Sicherheit und Internetsicherheit**.



www.presdok.ch

Gefährdungs-, Sicherheits-
Beschaffung von Beweism
Beratungen & Dokumenta

Home | [Seite zurück](#) | [eMail](#) | [Seite drucken](#) | [Go Top](#)© Presdok AG 8057 Zürich